

Spielend in die Sucht – Laimer SPD-Bezirksrat klärt auf!

Rein rechtlich ist bis jetzt gegen die Spielhalle im Beck-Haus kein Kraut gewachsen. Das solche Erlaubnisse bisher nur nach baurechtlichen Gesichtspunkten beurteilt werden weiß auch Bezirksrat Werner Brandl aus Laim. Trotzdem informiert der Polizeihauptkommissar a.D. weiterhin nicht nur seine Genossen, sondern auch Bürgerversammlungen über das Gefahrenpotential des „Glücksspiels mit der Sucht“.

München ist Spitzenreiter bei der Zunahme der Spielautomaten – und Bayern ist vorn in der Republik, in der die Spielhallen wie Pilze aus dem Boden schießen. Seit 1980 verzichtet Bayern auf die Erhebung der Vergnügungssteuer und hat den Kommunen damit eine wesentliche Einflussmöglichkeit genommen - denn Spielhallen und Geldspielgeräte sind rückläufig in Städten, in denen die Vergnügungssteuer angehoben wurde! „Mit Steuern kann der Staat Entwicklungen steuern; warum tut es der Freistaat nicht hier“, referierte Brandl am letzten Mittwoch beim SPD Ortsverein Laim.

Ist doch nur ein Spiel, könnte man meinen. Aber im Verlauf kann es zur Sucht und damit unfrei und zwanghaft werden. Gerade Bayern ebnet damit Manchem den Weg ins Verhängnis - die Spielsucht. Über deren dramatische Verläufe mit zunehmender Verschuldung und Familientragödien, von der Kriminalität bis zum Selbstmord berichtet manchmal der Polizeireport - der Rest ist Schweigen. Auswertungen haben u.a. ergeben:

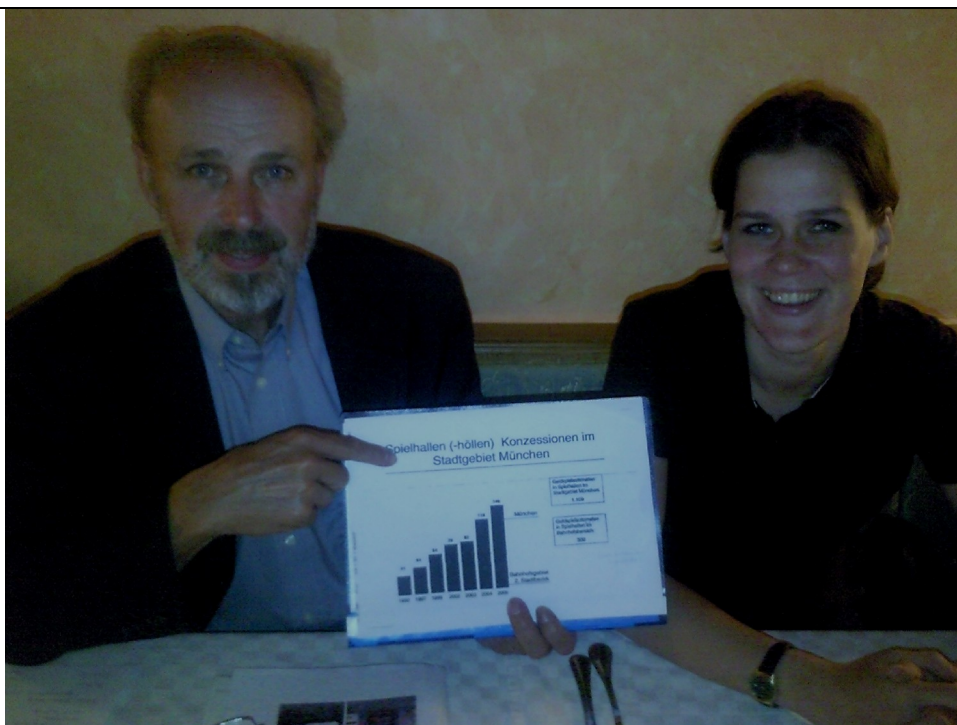
- ca. 80 % der Spielsüchtigen hängen an Geldspielautomaten
- jede neue Spielhalle erzeugt neue Spielsüchtige
- erhöht wird das Risiko durch örtliche Nähe, Geschwindigkeit des Spiels und Fast-Gewinne

Spielhallen stellen eine Gefährdung dar, der vorwiegend junge Männer ausgesetzt sind. Es kann doch nicht sein, dass die für Spielsucht Empfänglichen durch ein immer dichter werdendes Netz von Spielhallen „abgeschöpft“ werden. Wie lange will der Freistaat da noch warten?

„Wenn Gefahrenabwehr schon eine staatliche Aufgabe ist, warum errichtet der Freistaat hier nicht mehr Hürden?“ fragt Bezirksrat Werner Brandl, der in seiner früheren Tätigkeit als Polizist gelernt hat, was Gefahrenabwehr und –vorsorge bedeutet.

Es gibt das sog. „Schweizer Modell“ mit einer Reihe von Maßnahmen, z.B. Zugangskontrollen, damit Selbstsperrungen wirksam sein können; keine Geldspielautomaten an für Kindern zugänglichen Orten, Warnhinweise an der Frontscheibe, keine Geldautomaten an Spielstätten u.v.a.; aber auch Hilfen für Spielsüchtige

Was tun wir nicht alles, damit möglichst nichts passiert– aber mit der Zunahme von Spielhallen werden Suchtgefahren geschaffen, unter deren Auswirkungen wir alle leiden.



Bezirksrat Werner Brandl zeigt an einer Grafik die Zunahme der Spielhallen in München. Daneben Stadträtin Verena Dietl.

Für Rückfragen zur Thematik steht Ihnen Werner Brandl gerne zu Verfügung:

Werner Brandl,
Bezirksrat, Tel: 54 66 26
27, E-Mail:
werner_brandl@gmx.de